



Startgedanken

Kerstin Kaiser

Fraktionsvorsitzende

Umfragen sind ein Fingerzeig für Politik - auf Stärken und Schwächen, auf die Bewertung von Geleistetem und Ungeleistetem. Die jüngste Brandenburg-Umfrage hat die rot-rote Koalition insgesamt überzeugend bestätigt und die Ministerriege der LINKEN gestärkt. In der Anhängerschaft keiner anderen Partei sind so viele zufrieden mit Rot-Rot wie bei der LINKEN. Und doch: Wären jetzt Wahlen, würde sich das nicht ummünzen, das Vertrauen in die Kompetenzen der Partei ging zurück. Nachvollziehbar angesichts der zurückliegenden LINKEN-Debatten jenseits ihrer Kernthemen und historischen Lehren. Doch gilt auch: Landespolitik bleibt Landespolitik - und hier hält DIE LINKE offensichtlich nicht hinreichend Schritt mit dem, was geschieht, was möglich wäre und was nötig ist. Mitte September geht die Fraktion in Klausur. Wir wissen, was zu bereden ist.

Ein kluger Dreh

Vergabegesetz mit **Mindestlohn!**

THOMAS DOMRES

Wirtschaftspolitischer Sprecher



Die rot-rote Koalition hat eines ihrer zentralen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt: Das „Brandenburgische Gesetz über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen“ ist durch den Landtag beschlossen.

Gutes Geld für Gute Arbeit

Ab dem 1. Januar 2012 werden öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben, die ihren Beschäftigten einen Stundenlohn von mindestens 8 Euro zahlen. Das wird die Einkommenssituation z.B. von Beschäftigten im Wach- und Sicherheitsgewerbe und in der Gebäudereinigung - wenn der Auftraggeber die öffentliche Hand ist - wesentlich verbessern. In diesen Branchen sehen die Tarifverträge zur Zeit 7 bzw. 6,53 Euro vor. Lohnzuwächse in diesem Ausmaß konnten selbst die Gewerkschaften in jüngster Zeit nicht durchsetzen. Schon deswegen haben sich die anderthalb Jahre sorgfältiger Vorbereitung und breiter Debatte gelohnt. Das Gesetz ist ein erster Schritt für das Land Brandenburg, existenzsichernde



Löhne durchzusetzen. Und Rot-Rot macht weiter Druck im Bund: Die Koalition wird sich unbeirrt für einen bundesweiten, existenzsichernden Mindestlohn einsetzen. In einem angenommenen Entschließungsantrag wurde die Landesregierung aufgefordert, schon bis zum II. Quartal 2012 einen Bericht zur Entwicklung der 8 Euro Lohnuntergrenze vorzulegen. So soll schnell auf notwendige Erhöhungen reagiert werden können. Das neue Landesgesetz ist gleichzeitig ein klares Signal, dass gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung zentrale Voraussetzungen sind, um im Wettbewerb der Regionen um Fachkräfte zu bestehen. Das ist notwendig, damit die Tragfähigkeit und Lebensqualität unserer Gesellschaft in der

Breite gesichert bleibt. Die Grünen kritisierten die 8 Euro als „sozial unzureichend“ - doch in ihrem Gesetzesentwurf standen lediglich 7,50 Euro, im Bundestag stimmten sie gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Konsequenter geht anders!

Qualität statt Billiglohn

Der Auftragswettbewerb soll nicht mehr nur durch die niedrigsten Lohnkosten bestimmt werden - sondern vor allem über die Qualität der auszuführenden Leistung. Im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs wird statt der Mindestvergütung eine Tariftreuerregelung getroffen. Diese Beschäftigten müssen nach dem jeweils geltenden Entgelttarifvertrag entlohnt werden. Das ist deshalb erforderlich, da in einer EU-Verordnung in diesem Bereich den Firmen besonders viele wirtschaftliche Freiheiten gegeben sind. Diese können zu Lohndumping führen. Den Kommunen - vom Volumen her die größten öffentlichen Auftraggeber - wird ein Finanzausgleich für Mehrbelastungen gewährt. Diese ergeben sich aus dem erhöhten Verwaltungsaufwand. Jetzt liegt es an den Kommunen, so schnell wie möglich die Voraussetzungen in ihren Verwaltungen für die Auftragsvergaben zu schaffen.

Priorität Bildung: 2000 neue Lehrkräfte - und die Arbeit geht weiter

GERRIT GROBE

Bildungspolitische
Sprecherin



Landesregierung und Koalition haben beschlossen, in dieser Legislatur insgesamt 2000 neue Lehrkräfte einzustellen. Das ist eine Konsequenz aus dem jetzt von der Landesregierung vorgelegten Schulressourcenkonzept (SRK).

Prognose der LINKEN bestätigt

DIE LINKE sieht sich dadurch in ihrer Auffassung bestätigt, dass die ursprünglich geplanten 1250 Lehrkräfte nicht ausreichen, um die Lehrer-Schüler-Relation von 1 zu 15,4 zu realisieren. Das SRK geht von 1636 noch benötigten Lehrkräften aus, davon allein 660 Sonderpädagogen.



Da erst ab 2013/14 in Potsdam wieder Sonder- oder Inklusionspädagogen ausgebildet werden, muss aufgrund dieses hohen Bedarfes dringend eine Fortbildungsoffensive gestartet werden. Sie betrifft Lehrkräfte, die bereits jetzt unterrichten. Das SRK enthält aber noch weitere interessante Befunde: Unter anderem geht es davon aus, dass es – bei weitgehend stabil bleibenden Schülerzahlen von ca. 246000 an öffentlichen Schulen – ab 2015/16 bis 2025 jährlich schwankende Einstellungsbedarfe zwischen 511 und 915 Lehrkräften geben wird. Während bis 2014 vor allem Grundschullehrkräfte und Lehrkräfte der Sekundarstufe I benötigt werden, ist ab 2015/16 die jährliche Einstellung von Lehrkräften für alle Schulformen notwendig. In besonderem Maße werden Lehrkräfte der naturwissenschaftlichen Fächer, in Musik, Kunst, aber auch in Deutsch und den Fremdsprachen gebraucht. Deshalb und wegen der gewachsenen Anforderungen an die Professionalität der Lehrkräfte sieht DIE LINKE dringenden Handlungsbedarf bei der Ausbildung von Lehrkräften.

Internet-Tipp:

DIE LINKE-Parlamentsdebatten im Video (externes Angebot des RBB):
www.rbb-online.de/imparlament/index.html

Gegenwärtig wird ein Konzept der Landesregierung zur Lehrerbildung diskutiert, das Grundlage für ein neues Lehrerbildungsgesetz sein wird.

Mehr Praxisnähe gefordert

Dabei legt DIE LINKE besonderen Wert auf eine noch stärkere Praxisnähe in der Ausbildung durch einen höheren Anteil der Fachdidaktiken und Erziehungswissenschaften in der universitären Ausbildung, auf eine höhere Qualität des Vorbereitungsdienstes, auf die schnellstmögliche Einrichtung eines Studienganges Inklusionspädagogik und inklusionspädagogische Studienanteile in allen Lehrämtern. Wir brauchen mehr Lehrkräfte: in den richtigen Fächern, für die entsprechenden Schulstufen und vor allem – auf hohem fachlichen und pädagogischen Niveau ausgebildet.

Durchgesetzt: Moorschutz-Programm der LINKEN ist Klimaschutz

DR. MICHAEL-EGIDIUS
LUTHARDT

Agrarpolitischer
Sprecher



Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE hat sich der Landtag mit großer Mehrheit für ein Programm zum Schutz und zur Nutzung der Moore ausgesprochen. Von ehemals 300000 ha Niedermooren sind heute nur noch 3000 ha intakt. Während intakte, d.h. nasse Moore Kohlendioxid binden und langfristig speichern, führt die Trockenlegung von Mooren umgekehrt zur Freisetzung von CO₂. Heute setzen die entwässerten Moore Brandenburgs über 6 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr frei: das ist mehr als der gesamte Straßenverkehr

oder die Industrie. Der Schutz der Moore dient aber nicht nur der CO₂-Vermeidung, sondern auch der Bewältigung von Klimafolgen. Moore können – wie ein Schwamm – Wasser in Zeiten des Überflusses speichern und wirken ausgleichend auf den Wasserhaushalt. Lebendige Moore sind außerdem wichtig für den Bodenschutz und die Artenvielfalt. Im Antrag und in der Debatte wurde deutlich, dass das Moorschutzprogramm auch ein Programm mit der und für die



Landwirtschaft sein wird. Es geht nicht darum, Schutz- und Nutzungsinteressen gegeneinander auszuspielen, sondern in einem integrativen Ansatz beides miteinander zu vereinen und den Landwirten eine zukunftsfähige, nachhaltige Bewirtschaftung der Niedermoorflächen zu ermöglichen.

Gute Erfahrungen verarbeitet

In Mecklenburg-Vorpommern läuft ein Moorschutzprogramm bereits seit mehr als zehn Jahren erfolgreich – es war vom Umweltminister Wolfgang Methling (DIE LINKE) eingeführt worden. Ein entsprechender Antrag der PDS für ein brandenburgisches Moorschutzprogramm scheiterte 2002 an den damaligen Mehrheitsverhältnissen. Nun konnte Rot-Rot dieses wichtige Vorhaben starten.

INTERVIEW

Haushalt: „Vorrang für Bildung, Soziales und Wissenschaft“

Der finanzpolitische Sprecher Christian Görke (MdL) sieht im Haushalt 2012 die soziale Handschrift von Rot-Rot bestätigt. **LINKSDRUCK** sprach mit ihm über Zwänge, Chancen und linke Prioritäten.



LINKSDRUCK: Wie finden Sie den Haushaltsentwurf?

Christian Görke: Der Lage angemessen: Die Finanzen des Landes stehen auf solider Grundlage. Und sie werden verwendet, um den Wandel, der vor uns liegt, sozial zu gestalten.

Mit „Wandel“ meinen Sie: Kürzungen. Oder?

Wir haben ein strukturelles Defizit von etwa einer Viertelmilliarde Euro zu bewältigen. Und dennoch hat Bestand, was die Koalition beschlossen hat. Bildung, Soziales, Wissenschaft werden mit Vorrang finanziert.

Aber die Steuereinnahmen entwickeln sich doch positiv?

Ja. Die positiven Steuereinnahmen haben es uns ermöglicht, von weiteren Konsolidierungsmaßnahmen abzusehen. Vielleicht ist es nicht bekannt, dass wir

jährlich bei einem Haushalt von ca. 10 Mrd. Euro mit mehr als 750 Mio. Euro Zinsen für in 20 Jahren aufgenommene Schulden eintreten müssen.

Das heißt, Sie nutzen die Steuereinnahmen zum Abbau der Neuverschuldung?

Spielräume nutzen wir zur Schuldenreduzierung und für politische Projekte. Eine Entlastung des Landes um jeden Preis, wie sie anderswo zu Lasten der Kommunen betrieben wird, findet bei uns nicht statt. Aber: Die Euro-Krise gäbe es nicht ohne die Überschuldung von Staaten. Das ist eine wichtige Lehre.

Und das rechtfertigt Kürzungen bei der Bildung?

Bei einem Bildungsetat von 1,475 Mrd. Euro stehen noch einmal 39 Mio. Euro mehr zur Verfügung. Dahinter stecken



Tarifanpassungen, aber auch die gehören zu guter Bildung. Den öffentlichen Schulen geht nicht ein Cent verloren. Was schrumpft, sind

die Rücklagen. Im übrigen: Auch die Zuschüsse für die Freien Schulen steigen – wenn auch weniger stark. Aber das gefährdet in keiner Weise ihre Existenz.

Fazit also: Brandenburg stellt sich verantwortungsbewusst um?

Ja. Und das sollte auch der Bund tun – durch eine grundlegende, sozial gerechte Steuerreform, z. B. mit Einnahmeverbesserungen für die öffentliche Hand.

Kleine Bitte...

...damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:

Nach dem Lesen **L** weiterreichen!

Klarer Fall: Gerichtsstrukturen zukunftsfähig und bürgernah!

MARGITTA MÄCHTIG

Rechtspolitische Sprecherin



Mit dem Gesetzentwurf zur Neuordnung der Land-, Amts- und Arbeitsgerichtsbezirke beendet Rot-Rot eine jahrelange Hängepartie um die Gerichtsstandorte im Land Brandenburg.

DIE LINKE handelte konsequent

In der vergangenen Legislaturperiode hatte die langjährige Diskussion um die Gerichte in Zossen, Bad Freienwalde, Zehdenick, Eisenhüttenstadt, Guben, Senftenberg, Rathenow und Schwedt die Justiz im Land Brandenburg und ihre Beschäftigten verunsichert. DIE LINKE hatte sich von Anfang an gegen solche Schließungsvorhaben ausgesprochen,

denn damit würden die Wege der Rechtssuchenden deutlich verlängert – aber ohne nachhaltige, positive Effekte.

SPD und DIE LINKE haben sich jetzt auf eine neue Gerichtsstruktur geeinigt. Sie schlagen vor, vier in etwa gleichgroße Gerichtsbezirke für die Landgerichte in Neuruppin, Frankfurt (Oder), Cottbus und Potsdam einzurichten.

Das Land Brandenburg ist als Flächenland in besonderem Maße auf eine gleichmäßige, an den Siedlungsräumen orientierte Amtsgerichtsstruktur angewiesen. Sie muss es jedem Bürger ermöglichen, seine Rechtssachen an den Zivilgerichten der ersten Instanz ohne überlange Fahrtwege verfolgen zu können. Deswegen sollen die Amtsgerichtsstandorte auch alle erhalten bleiben. In Guben wird dazu das Amtsgericht als Außenstelle des AG Cottbus weiter

geführt.

Rot-Rot löst Sanierungs-Stau auf

Nunmehr können auch die seit Jahren aufgestauten Umbau- und Sanierungsarbeiten, wie etwa am Amtsgericht in Königs Wusterhausen oder Schwedt oder am Justizstandort in Eberswalde, zügig in Angriff genommen werden. Damit werden sich die Arbeits- und Nutzungsbedingungen für die Beschäftigten bzw.



die Rechtssuchenden deutlich verbessern.

Das Amtsgericht Königs Wusterhausen steht als zuständiges Amtsgericht für den Flughafenstandort Schönefeld allerdings vor der Herausforderung, alle Fluggastklagen bearbeiten zu müssen. Der Gesetzentwurf ist in den Rechtsausschuss überwiesen worden und wird dort weiter beraten.

Erste Erfahrungen: Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Praxis

DR. ANDREAS BERNIG

Arbeitsmarktpolitischer
Sprecher



Seit dem 1. Mai können Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn (EU-8) hier in Deutschland ohne Begrenzung arbeiten. Die Vorbereitung auf diese volle Arbeitnehmerfreizügigkeit war in den vergangenen Jahren wiederholt Thema im Landtag. In dieser Sitzung sind wir erneut initiativ geworden.

Keine massenhafte Zuwanderung

Die veröffentlichten Zahlen allein wären kein Grund dafür. Denn es hat keine massenhafte Zuwanderung gegeben: Etwa 24000 Menschen kamen, um hier zu arbeiten (davon 20000 in die „alten“ Bundesländer). Ein erhebliches Hindernis bei der Suche nach Arbeit sind fehlende Deutschkenntnisse, zuweilen auch Schwierigkeiten bei der Anerkennung von

Berufsabschlüssen. Für Brandenburg weist die Statistik 1200 zusätzliche Arbeitnehmer aus – nur etwa ein Drittel von ihnen ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Länder brauchen Fachkräfte selbst

Das deutsche Fachkräfteproblem ist also durch Zuwanderung aus den östlichen Nachbarländern kaum zu lösen. Polen und andere Länder brauchen ihre gut ausgebildeten Fachkräfte im eigenen Land. Aufgrund der hohen Abwanderung nach England, Irland und in andere Staaten seit



2004 ist der Spielraum für eine Arbeitsmigration nach Deutschland gering. Vor diesem Hintergrund erwecken auch die Initiativen unserer Wirtschaftskammern zur Gewinnung von polnischen Lehrlingen für hiesige Unternehmen in Polen nicht nur Freude.

Bilinguale und -kulturelle Projekte

Brandenburg muss stärker mit polnischen Partnern an bilingualen und bikulturellen Projekten arbeiten, die junge Menschen für ein Arbeitsleben in der deutsch-polnischen Grenzregion aus- und fortbilden. Junge Leute könnten so in der Region gehalten werden.

Die Politik muss hierbei an Tempo zulegen. Es geht mitnichten um ein Weiter so. Wir wollen eine neue Qualität in der Zusammenarbeit. Ideen gibt es viele, wie wir gerade in Niederschlesien erfahren haben.

Wenn bei solchen Projekten auch EU-Fördermittel eingesetzt werden, wäre der Mehrwert europäischer Förderung für alle offensichtlich.

Bundesaufgabe: Beteiligung und Nachtflugverbot gesetzlich sichern

KORNELIA WEHLAN

Sprecherin für
Verkehrspolitik,
Regionalplanung
und Raumordnung



Bürger und Gemeinden, die die Belastung eines Flughafens erleiden, müssen auch umfassend und von Anfang an in die Diskussion um den Standort und die Flugrouten einbezogen werden.

Bundesgesetz muss her

Längst überfällig ist dafür eine bundesgesetzliche Regelung: Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte sind Grundrechte, die ins Gesetz gehören. Das geht nur, wenn Schwarz-Gelb Gesetze – aber eben die Bundesgesetze – ändert. Auch ein konsequentes Nachtflugverbot wäre auf diesem Weg möglich. Damit wäre ein für allemal klar, dass Großflughäfen in dicht

besiedelten Gebieten nur mit konsequentem Nachtflugverbot möglich sind. Dem Schutzgut Gesundheit wäre gegenüber den wirtschaftlichen Interessen gesetzlich der Vorrang eingeräumt.

Grüne haben sich gedrückt

Die Grünen haben zu ihrer Regierungszeit im Bund von 1998 bis 2005 das Luftverkehrsgesetz wohlweislich nicht angefasst. Denn das hätte die Standortentscheidung für Sperenberg bedeutet, den die Grünen nie wollten. Heute versuchen sie, in Brandenburg als Gralshüter für ein konsequentes Nachtflugverbot aufzusteigen – in Berlin natürlich weniger: da wollen sie Frau Künast alle Möglichkeiten offen lassen für den Tag nach der Wahl. DIE LINKE hat sich für eine Willensbildung des Landtages eingesetzt. Die wird es vor der Gerichtsverhandlung in Leipzig aber nicht geben. Sie wäre auch folgenlos, weil Brandenburg als

nur ein Gesellschafter von mehreren keine Befugnis hat, der Flughafengesellschaft andere Betriebszeiten anzuweisen. Auch ein eigenes Landesgesetz zu beschließen ist Brandenburg verwehrt. Denn das greift verfassungsrechtlich in die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes ein.



Aktives Altern: Seniorenpolitisches Maßnahmenpaket auf dem Weg

IRENE
WOLFF-MOLORCIUC



Seniorenpolitische
Sprecherin

Ältere Menschen sind im Land Brandenburg die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe. Aber nicht allein deshalb rückt Seniorenpolitik stärker als je zuvor in den Blickpunkt der Landespolitik. Nach den Seniorenpolitischen Leitlinien hat die Landesregierung nun ein Paket von Maßnahmen vorgelegt.

Vorausgegangen war ein intensiver Dialog mit Verbänden, Vereinen und Seniorenbeiräten, in dem mehr Verbindlichkeit eingefordert worden ist. Genau dies soll das Maßnahmenpaket leisten.

Die Vielfalt der Maßnahmen geht auf die

Vielfalt des Älterwerdens ein. Alter(n) ist vielfältig und bunt. Die Maßnahmen eint, dass sie auf das aktive Altern ausgerichtet sind.

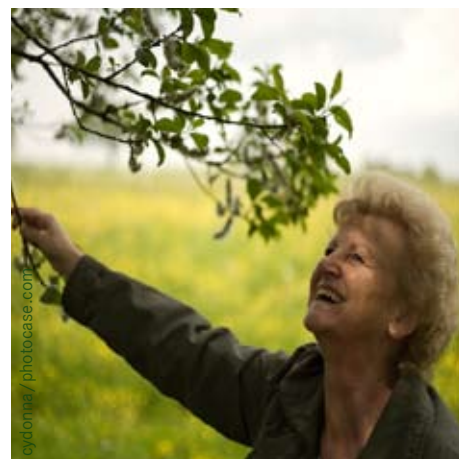
40 Vorhaben sind geplant

Die 40 Vorhaben sind keine ewigen Wahrheiten. Sie können und sollen Erfahrungen bei ihrer Umsetzung aufnehmen und weiter konkretisiert werden. Die Inhalte reichen von der Bekämpfung von Altersdiskriminierung, über die Wohnraumförderung in Innenstädten bis zum Aufbau eines „Bündnis gesund älter werden im Land Brandenburg“. Zur Würde im Alter gehört aber auch die Anerkennung geleisteter Arbeit. Sie muss sich in einer Rente niederschlagen, die das Lebensniveau sichert.

Bund muss Altersarmut stoppen

Langsam wird der Gesellschaft das Problem von Altersarmut bewusst. Auch

wenn es nicht Gegenstand der Maßnahmen des Landes sein kann: wir brauchen eine Altersrente, die Armut verhindert. Derzeit müsste diese bei 850 Euro liegen. Und wir brauchen Löhne, die zum Aufbau einer angemessenen Alterssicherung ausreichen.



Gelebte Tradition: DIE LINKE-Fraktion nahm am 9. Sorbentag teil

JÜRGEN MARESCH



Minderheitenpolitischer
Sprecher

Nächstes Jahr feiert nicht nur die DOMOWINA ihren 100. Jahrestag. DIE LINKE aus Brandenburg und Sachsen wird zum 10. Mal ihren Sorbentag durchführen. Am 26. August war aber erst einmal der Neunte angesagt. Abgeordnete der LINKEN aus beiden Ländern, unter ihnen der sächsische Fraktionsvorsitzende André Hahn, trafen sich in Crostwitz / Chrósčicy in der Oberlausitz. „Ranghöchster“ sorbischer Gast war der DOMOWINA-Vorsitzende Dawid Statnik. Anwesend war auch der „Außenposten“ der vier anerkannten Minderheiten beim Bundesinnenministerium, der Friese Thede Boysen.

Die Hoffnung heißt Rot-Rot

Vor allem zwei Themen standen im Zentrum: die Neufassung der Sorben-Gesetze und die Frage, wie die Interessen-

vertretung der Sorben erfolgen soll. Zwei scheinbar „trockene“ Fragen, zu denen sich erwartungsgemäß aber eine lebhafte Debatte entwickelte. Denn in beiden Fällen geht es darum, welche Möglichkeiten die Sorben zur Vertretung ihrer eigenen



Belange künftig haben werden. In Brandenburg kämpfen die Sorben/Wenden seit vielen Jahren um ein neues Gesetz – unter der SPD-CDU-Regierung bewegte sich nichts. Nun setzt die Minderheit ihre Hoffnung auf Rot-Rot: Wenn das neue Gesetz unter der neuen

Regierung nicht zustande kommt, dann wird es nie kommen, hieß es in Crostwitz. Wir teilen diese Sicht, insbesondere im Bildungsbereich und bei den Mitwirkungsrechten besteht Handlungsbedarf für den Gesetzgeber.

Vor diesem Hintergrund hat die Brandenburger LINKE auch die Diskussion um das künftige Modell der politischen Vertretung der Minderheit begleitet. Der anhaltende Zerfall des sorbischen Schulnetzes und der wiederkehrende Streit um den Bestand sorbischer Institutionen macht deutlich, dass gehandelt werden muss. Wir als LINKE wollen die Kultur- und Bildungsautonomie des sorbischen Volkes. Ob die Interessenvertretung künftig besser durch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine Stärkung des Vereins DOMOWINA verwirklicht wird, müssen die Sorben selbst entscheiden.

Fragen zur Arbeit der Fraktion ?

Einfach **L** – Infotelefon anrufen:

0331 / 966-1544

Offensive: Kindergesundheit und -schutz sollen verstärkt werden

BIRGIT WÖLLERT

Gesundheitspolitische
Sprecherin



Was ist für eine gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen notwendig? Was kann und muss im Interesse des Kinderschutzes getan werden? Zu diesen Fragen hat die Landesregierung einen Bericht vorgelegt.

Der Landtag hat diesen nicht bloß zur Kenntnis genommen, sondern die Landesregierung mit der Prüfung weiterer konkreter Schritte beauftragt.

Zusätzliche Vorsorgeuntersuchung

In einem Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD ist dazu u. a. vorgesehen, nach Möglichkeiten zu suchen, um

eine weitere Vorsorgeuntersuchung während der Schulzeit anzubieten. Nachdem dort zuletzt 2008 „Einsparungen“ vorgenommen worden waren, gibt es derzeit nur die Schuleingangs- und die Schulabgangsuntersuchung. Gute Erfahrungen der vergangenen Jahre gibt es hingegen



aus den „Netzwerken gesunde Kinder“. Deshalb sollten diese in eine verlässliche Finanzierung im SGB V überführt werden. Ein entsprechender Antrag der Länder zum Entwurf des Kinderschutzgesetzes der Bundesregierung liegt inzwischen vor. Weitere Maßnahmen betreffen u.a. mehr präventive und niedrigschwellige Angebote an Schulen, die Nutzung von Erkenntnissen der Frühförderung und Verbesserungen des Rückmeldewesens bei Vorsorgeuntersuchungen.

UN-Kinderrechtskonvention im Blick

Umfassender Kinderschutz kann nicht auf Reaktionen bei Vernachlässigung oder Misshandlung reduziert werden. DIE LINKE geht von einem sehr viel umfassenderen Verständnis aus, so wie dies in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes angelegt ist.

Einzigartig: Berlin und Brandenburg werden gemeinsam innovativ

THOMAS DOMRES

Wirtschaftspolitischer
Sprecher



Die Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg ist beschlossen. Sie setzt Ziele und Rahmenbedingungen, um Innovationspotenziale und Synergien der Wirtschaftszweige in den nächsten Jahren effizient auszu-schöpfen.

Zwei-Länder-Strategie einzigartig

Diese gemeinsame Strategie zweier Bundesländer ist einzigartig. Brandenburg und Berlin möchten damit ihre Zusammenarbeit auf partnerschaftlicher Grundlage zum gegenseitigen Nutzen gestalten. Die gewachsenen Kooperationen werden weiter vertieft. Beispielhaft dafür ist der Cluster Energietechnik. Gerade hier wird deutlich: die Innovationsstrategie ist ein wichtiger Beitrag dafür, die Wirtschaftspolitik stärker ökologisch auszurichten,

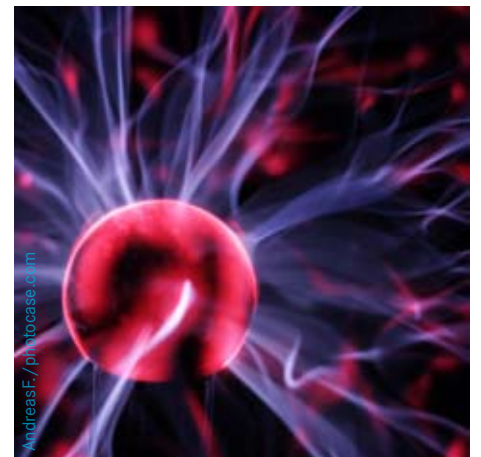
Innovation, wirtschaftliche Interessen und Ressourceneffizienz besser miteinander zu verbinden.

Ausbildung und Forschung im Fokus

Mit dem Vorstoß werden selbstverständlich auch weitere Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung umgesetzt. Da geht es z. B. um die bessere Abstimmung und Vernetzung der Ausbildungs- und Forschungskapazitäten. Oder darum, die Region Berlin-Brandenburg zum leistungsstärksten Zentrum der Gesundheitswirtschaft in Deutschland zu entwickeln. Von großer Bedeutung wird auch sein, wie es gelingt, die für Brandenburg spezifischen Cluster wie Ernährungswirtschaft, Kunststoffe/Chemie, den Cluster Metall oder Tourismus zu entwickeln und zu gestalten.

Fraktion begrüßt öffentlichen Dialog

Die Fraktion begrüßt ausdrücklich den vom Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) angekündigten intensiven, öffentlichen Dialog zur Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Strategie insgesamt und deren Untersetzung im Land.



BLITZLEXIKON: Cluster

Cluster (engl., sprich „Klaster“) heißt eigentlich Verbund, Haufen oder Bündel. In der Wirtschaft ist das der Fachausdruck für branchenbezogene, regionale Netzwerke von unterschiedlichen Produzenten und Dienstleistern. Deren Tätigkeiten sind eng vernetzt. Die Unternehmen im Cluster ergänzen sich und nutzen gegenseitig die entstehenden Synergien. Im besten Fall zieht der Cluster weitere Unternehmen nach sich.

Arbeitsförderung: Drastische Bundes-Kürzungen verbauen Chancen

DR. ANDREAS BERNIG

Arbeitsmarktpolitischer Sprecher



Die Bundesregierung bringt gerade eines der gravierendsten Sozialabbau-Programme in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg: Etwa 30 Milliarden Euro werden bei Leistungen für Arbeitslose, bei öffentlich geförderter Beschäftigung und bei Weiterbildung und Qualifizierung gestrichen.

CDU und FDP gefährden Existenzen

Das hat spürbare Folgen. Für aktive Arbeitsmarktpolitik stehen in diesem Jahr 31,9% weniger Mittel zur Verfügung als 2009. Aber nicht nur finanziell schwingt

Schwarz-Gelb die Abrissbirne. Auch die Rechtsansprüche von Erwerbslosen fallen der „Effizienzsteigerung“ zum Opfer und Beschäftigungsfördergesellschaften werden finanziell abgewürgt.

Klare Forderungen an Schwarz-Gelb

DIE LINKE fordert die Rücknahme der Streichungen, den Schutz vor niedrig entlohnter, nicht qualifikationsgerechter und prekärer Beschäftigung durch veränderte Zumutbarkeitsregelungen. Öffentlich geförderte Beschäftigung wie auch Aus- und Weiterbildung müssen ausgebaut werden. So schön sinkende Arbeitslosenzahlen sind: die Statistik lässt vieles im Dunkeln. Und sie wird allzugern als Rechtfertigung für den Abbau von Förderung missbraucht.

Fakt ist, dass insbesondere Langzeit-

arbeitslose immer noch weitgehend abgehängt sind.

Der Anteil derer, die in prekärer Beschäftigung oder unter Niedriglohn-Bedingungen arbeiten, wächst noch immer. Daran muss sich etwas ändern.



+++ FRAKTION KOMPAKT +++ FRAKTION KOMPAKT +++ FRAK

Über den „Brandenburger Weg“

Die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser spricht bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Abschluss der Veranstaltung „Die Brandenburger Verfassung und ihre Bedeutung für die politische Entwicklung des Landes“.

Der Termin findet statt am

20. September, 17 bis 20 Uhr im Sitzungssaal des Brandenburger Verfassungsgerichts, Justizzentrum Potsdam, Jägerallee.

Justizminister Schöneburg hält den einleitenden Vortrag, danach diskutieren u.a. Hans Otto Bräutigam, Rüdiger Postier und Heinz Vietze. Es folgen weitere Veranstaltungen zum „Brandenburger Weg“. Die Stiftung will so an der Seite der Linksfraktion die Arbeit der Enquete-Kommission zur Nach-Wendezeit begleiten. Weiter geht es am 15. November zum Thema Landwirtschaft.

Medaille für Helfer

Der Landtag hat einen Gesetzentwurf zur Verleihung von Ehrenzeichen beraten. Er sieht vor, Auszeichnungen, die bisher ausschließlich den Feuerwehrangehörigen vorbehalten sind, auch an die Mitwirkenden des Katastrophenschutzes anderer Organisationen bzw. Institutionen zu vergeben.

Hohes persönliches Engagement

Dieser Schritt ist richtig. Diese Mitwirkenden tragen, ebenso wie die Angehörigen der Feuerwehren, ihr hohes persönliches Engagement zu den Einsätzen bei – bei lang anhaltenden Hochwasserlagen und schweren Verkehrsunfällen, ebenso am Badestrand oder bei großen Veranstaltungen. Diese vielen Einsätze fordern den beteiligten Menschen viel Kraft und Zeit ab. Dafür gilt ihnen auch der Dank der Fraktion. Die Auszeichnungen sind nicht zuletzt Teil der Förderung des Ehrenamtes. Diese kann sich sicher nicht auf die Verleihung von Orden und Abzeichen beschränken. Aber lange Wege werden mit dem ersten Schritt begonnen.

Fraktion in der Region

Die Fraktion wird wieder bei den Regionalkonferenzen der Partei DIE LINKE zu Gast sein. Dort informiert sie über die geleistete Fraktionsarbeit und die weiteren Perspektiven. Fragen beantworten die Abgeordneten gerne. Eingeladen sind alle Bürgerinnen und Bürger, egal ob Parteimitglied oder nicht. Die Termine stehen schon fest:

- 29.10.:** für die Kreisverbände **Frankfurt/Oder und Märkisch-Oderland**
- 03.11.:** für die Kreisverbände **Potsdam-Mittelmark, Havelland, Potsdam, Brandenburg an der Havel, Teltow-Fläming**
- 04.11.:** für die Kreisverbände **Barnim, Uckermark, Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin und Prignitz**
- 05.11.:** für die Kreisverbände **Elbe-Ei-ster, Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree und Lausitz**

Die genauen Veranstaltungsorte werden noch bekanntgegeben.

Mehr Informationen demnächst im Internet: www.dielinke-brandenburg.de

Den **L** im Internet lesen

Abo kostenlos per RSS-Feed:

www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

Tour-Nachlese im Bild: Volle Dosis Heimat

Vom Klassiker „Sprechstunde unter freiem Himmel“ bis zu speziellen, neuen Touren unter einem Leitthema: Viele Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE sind in der sogenannten „sitzungsfreien Zeit“ der parlamentarischen Sommerpause in ihren Wahlkreisen unterwegs gewesen –



ganz egal, ob es Bindfäden geregnet hat oder die Sonne glühte. Sie haben Lob und Tadel, Anregungen und Fragen entgegengenommen – und jede Menge Arbeitsaufträge. Die werden jetzt gründlich durchdacht und – wo immer es klappt – im parlamentarischen Betrieb bearbeitet.



Mehr als regional: Strausberger Friedensfest

Das 21. Friedensfest in Strausberg hat Ende August wieder Hunderte von Menschen nicht nur aus der Region auf das gemütliche Hofgelände an der Prötzeler Chaussee gelockt. Trotz wechselhaften Wetters wollten die Gäste hochkarätige Talks mit Autoren, mit Landesministern oder auch den Dialog zwischen der

LINKE-Landtagsfraktionsvorsitzenden und Wahlkreisabgeordneten Kerstin Kaiser mit ihrem SPD-Kollegen Ralf Holzschuher (Foto I.) erleben. Gastronomie und interessante Stände, darunter der „Stand der Dinge“ der Landtagsfraktion, komplettierten das Angebot. Das Fest findet auch kommendes Jahr wieder statt.



AKTUELLE INITIATIVEN DER ROT-ROTEN KOALITION

Antrag mit dem Ziel: Programm zum Schutz und zur Nutzung der Moore in Brandenburg

Drucksache 5/3836, angenommen

Antrag mit dem Ziel: Volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit als Chance für die deutsch-polnische Grenzregion politisch gestalten!

Drucksache 5/3847, angenommen

Entschließungsantrag zum Thema: Seniorenpolitik – Politik für ältere Menschen als Teil einer übergreifenden Generationenpolitik

Drucksache 5/3916, angenommen

Entschließungsantrag mit dem Ziel: Arbeitspolitik „Made in Brandenburg“ zukunftsfähig gestalten

Drucksache 5/3917, angenommen

Entschließungsantrag zum Brandenburgischen Vergabegesetz

Drucksache 5/3918, angenommen

Entschließungsantrag zum Entwurf eines Transparenzgesetzes für öffentliche Unternehmen

Drucksache 5/3919, angenommen

Entschließungsantrag zum Thema: Lärmschutz für Bürger ernst nehmen – Flugrouten müssen optimiert werden

Drucksache 5/3920, angenommen

Entschließungsantrag mit dem Ziel: Kindergesundheit und -schutz stärken

Drucksache 5/3925, angenommen

Entschließungsantrag mit dem Ziel: Nachhaltige Fischerei und -zucht bewahren und deren Potenziale nutzen

Drucksache 5/3929, angenommen

IMPRESSUM



Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE
im Landtag
Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Redaktionsgruppe:

Sven Rosig (Leitung)
Fon: 0331/966-1544, Fax: 0331/966-1505
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Portraits: Trialon DiG
Fotos: S.1, S.5 (2,3), S.8 (alle DIE LINKE)
Satz, Layout, Grafik: Sven Rosig
Auflage & Druck: 10 000 Stück, Giesemann Druck Medienhaus Potsdam-Rehbrücke
V.i.S.d.P.: Christian Görke (MdL)

www.dielinke-fraktion.brandenburg.de